

rend sich die materielle Lage des werktätigen Volkes in Westberlin und Westdeutschland beständig verschlechtert?

Im Osten Deutschlands haben sich 1945 die Arbeiter, die Bauern und die Geistesarbeiter zu einem neuen Weg entschlossen, zu einem Weg ohne Großkapital, ohne Großgrundbesitzer, ohne die goldene Schlinge der Dolarhilfe. Das ist das Geheimnis aller Erfolge auf allen Gebieten — in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, im kulturellen und geistigen Leben des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Während in Westberlin durch die einseitige Bindung an den Bonner Staat der Monopole soziale und wirtschaftliche Unsicherheit um sich greifen, wächst in der Deutschen Demokratischen Republik das Realeinkommen des einzelnen Bürgers ebenso planmäßig wie die Produktivität der Arbeit und das Nationaleinkommen. Die Anwendung der modernen Technik und Automation bringt unter sozialistischen Produktionsverhältnissen nicht Lebensangst und Entfremdung, sondern zunehmende wissenschaftliche und kulturelle Höherentwicklung und verantwortliche Teilnahme des Volkes an der Leitung der Wirtschaft und des Staates.

Wir sind mit Euch, liebe Genossen, stolz und glücklich über Eure grandiosen Fortschritte. Euer Weg erfüllt uns mit Optimismus und mit Siegeszuversicht in den Erfolg unseres gemeinsamen Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus, der Westberlin zum ersten Ziel seiner Alleinvertretungsanmaßung und seiner annexionistischen Politik ausersehen hat.

Wenn Lübke und Kiesinger nach Westberlin kommen, so ist ihnen unsere Stadt mit ihrer fleißigen und arbeitsamen Bevölkerung nur etwas wert als vorgeschobene Bastion des kalten Krieges. Kiesinger macht in Westberlin den „lachenden Mann“. Er redet von einer neuen Funktion Westberlins als Brücke zwischen West und Ost, schmiedet aber in Wirklichkeit gemeinsam mit dem Senat Pläne, wie unsere Stadt noch mehr der Bonner Politik des Atomstrebens, der Notstandsdictatur und des Sozialabbaus unterworfen werden kann. Wir stimmen völlig mit dem Standpunkt des VII. Parteitages über die Lächerlichkeit und Haltlosigkeit, Westberlin zum 11. Land der Bundesrepublik zu machen oder gar die souveräne Deutsche Demokratische Republik als 12. Land des westdeutschen Monopolstaates zu behandeln, überein. Welche Ignoranz und politische Blindheit gehören dazu, um solche Pläne auszuhecken! Der Senat sollte sich lieber darüber Gedanken machen, wie Westberlin aus der wirtschaftlichen Misere herauskommt, wie auf der Grundlage der Anerkennung des gegenseitigen Rechts-